

Wir stimmen drittens ab über den Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/16840 zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/16730. Wer dem Entschließungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/16840 angenommen**.

Ich rufe auf:

6 Preisspirale beenden, Bürger entlasten – Energiesteuern halbieren und CO₂-Steuer abschaffen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16761

Ich eröffne die Aussprache. Für die AfD – er steht schon hier – hat der Abgeordnete Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Minister Pinkwart! Bei flüchtiger Betrachtung könnte man glauben, dass die Landesregierung es nun verstanden hat: Die Preise für Energie sind zu hoch. So haben Sie zusammen mit Bayern eine Bundesratsinitiative eingebracht. Danach sollen die Steuern auf Energie reduziert und die Pendlerpauschale erhöht werden. Die meisten Punkte sind Teil unseres Antrags aus dem Sommer letzten Jahres. Man darf also sagen: Die AfD wirkt.

(Beifall von der AfD)

Warum aber muss dafür das Kind immer erst in den Brunnen fallen? Unsere Anträge sind vorausschauend, während Sie erst reagieren, wenn es zu spät ist.

Wir haben bereits vor drei Jahren mehr Geld für den Hochwasserschutz gefordert, doch es musste erst eine Flutkatastrophe kommen, bevor Sie handeln wollten.

Vor drei Jahren haben wir bereits ein Programm für Ihre baufälligen Brücken gefordert. Nun musste die Rahmedetalbrücke der A45 gesperrt werden, weil Sie nichts getan haben.

Jetzt haben Sie erkannt, dass die Benzinpreise zu hoch sind. Klar, Sie schieben alles auf den Ukraine-Krieg. Die Preise stiegen aber doch schon vorher, und das haben wir Ihnen in unserem Antrag klar dargelegt.

So ist Ihre Bundesratsinitiative nicht glaubhaft und nicht vom Parlament unterstützt. Sie sind einzig von

einer Panik vor Gelbwestenprotesten bei Preisen von fast 5 Mark – übrigens ein Wunsch der Grünen, der schon vor mehr als 20 Jahren von Jürgen Trittin geäußert wurde – getrieben. Aber bald ist Landtagswahl, und da müssen Sie wenigstens so tun, als würden Sie etwas verändern wollen, lieber Minister. Warum haben Sie dann unseren Antrag vor neun Monaten abgelehnt?

Wo waren eigentlich in den letzten 16 Jahren Ihre Kollegen von der CDU? In all diesen Jahren waren Sie im Bund in Regierungsverantwortung, Herr Löttgen. Doch anstatt die Bürger zu entlasten, haben Sie die Steuern immer wieder erhöht, zuletzt mit der Einführung der CO₂-Steuer. Sie alle hier sind die Haupttreiber der hohen Energiekosten beim Tanken, beim Strom und beim Heizen.

Schon vor Jahren war das Urteil über Ihre Energiepolitik vernichtend. So urteilte das Wall Street Journal 2019, dass die deutsche Energiepolitik die dümmste der Welt sei. Mit Ihrer sogenannten Energiewende haben Sie Deutschland von Schurkenstaaten und vom Wetter abhängig gemacht. Über die höheren Mehrwertsteuern hat sich der Staat dann die Kassen gefüllt.

Nun kommt Herr Lindner mit dem dümmsten Vorschlag des Jahres um die Ecke. Absurder geht es nicht mehr: Es soll an der Tankstelle einen Tankrabbat – 20 Cent, 30 Cent oder gar mehr – geben. Die Bürger sollen nur noch 2 Euro bezahlen. Wenn der Benzinpreis darüberliegt, holt sich der Tankwart oder wer auch immer den Rest vom Staat, also vom Steuerzahler zurück. Das wäre nicht nur ein Bürokratiemonster, sondern das ist auch so dumm, dass es erklärt, warum Herr Lindner mit der Moomax GmbH pleitegegangen ist. Was glauben Sie, wo sich der Preis bei einem 20-Cent-Rabatt einpendeln wird, meine Damen und Herren? – Richtig, bei 2,20 Euro. Das ist einfachste Mathematik.

Die Zeche zahlen am Ende die Steuerzahler, denn es gibt weder einen kostenlosen Tankrabbat noch einen kostenlosen Bürgertest. Am Ende zahlen immer die Steuerzahler. Es wird aber viele Gewinner geben, die sich die Taschen vollstopfen, und massenweise Mitnahmeeffekte, wie wir es schon bei den Coronatests gesehen haben. Lindner hat damit gezeigt, wie man die dümmste Energiepolitik der Welt noch toppen kann.

Wie man alle Energiepreise flächendeckend und einfach dauerhaft senken kann, zeigt unser Antrag.

(Lachen von Frank Sundermann [SPD])

Die Halbierung der Energiesteuer und die Abschaffung der CO₂-Steuer senkt den Benzinpreis sofort um 47 Cent je Liter. Diese Maßnahme ist unbürokratisch, einfach und schnell umzusetzen. Vor allen Dingen ist sie dauerhaft.

Wenn Sie also wollen, dass die Menschen nicht nur für die nächste Tankfüllung arbeiten gehen, wenn Sie wollen, dass die Menschen weniger Angst vor der nächsten Heizkostenabrechnung haben, dann stimmen Sie unserem Antrag zu.

Für Freiheit, Wohlstand und Vernunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Loose. – Für die CDU spricht der Abgeordnete Herr Kehrl.

Oliver Kehrl (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Nachfrage nach Öl hat die Preise für Diesel und Benzin in den letzten Monaten befeuert. Durch den anhaltenden militärischen Konflikt in der Ukraine sind die Preise zum Teil regelrecht explodiert. Fakt ist: Kraftstoffe sind aktuell so teuer wie noch nie, und die Folgen für Familien, Pendler und Unternehmen sind – keine Frage – zum Teil dramatisch.

Wir sind davon überzeugt, dass die Energiefrage nicht zu einer sozialen Frage werden darf. Wenn sich Bürger und Unternehmen keinen Treibstoff mehr leisten können, hat dies verheerende Folgen. Schon jetzt sind viele – sowohl unsere Bürgerinnen und Bürger als auch unsere heimische Industrie – an ihrer Belastungsgrenze; wir schauen hier im Rheinland auf die chemische Industrie als wichtiger Arbeitgeber in Köln und Leverkusen. Die CDU auf Bundesebene hat sich deshalb für eine Energiepreisbremse und darüber hinausgehende Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger eingesetzt.

Nordrhein-Westfalen und das Saarland haben mit ihren Bundesratsinitiativen angemahnt, dass die Bundesregierung Millionen von Bürgerinnen und Bürgern im Regen stehen lässt. So haben wir konkret gefordert, die Entfernungspauschale – anders, als von der Ampelregierung geplant – nicht ab dem 21. Kilometer, sondern bereits ab dem ersten Kilometer zu erhöhen; denn es spielt keine Rolle, wie weit der Arbeitsplatz entfernt ist. Jeder Bürger ist gleich betroffen und hat deshalb auch das Recht auf die gleiche Behandlung.

Außerdem schlagen wir vor, die Entfernungspauschale künftig zu dynamisieren und insbesondere den jährlich steigenden CO₂-Preis zu berücksichtigen.

Ein weiterer wichtiger Schritt wäre es, wenn die Bundesregierung zudem die Stromsteuer für private Haushalte und für die Wirtschaft noch im Jahr 2022 auf das europäische Mindestmaß reduzieren würde. Dazu könnte sie entweder eine substanzielle Absenkung der Steuersätze auf Heizöl, Erdgas, Diesel und Benzin vornehmen oder einen temporär

ermäßigten Steuersatz für Erdgas, Elektrizität und Fernwärme festlegen.

Für uns als CDU ist Energie Daseinsvorsorge. Die Preise explodieren, und der Staat verdient dadurch überproportional. Das kann und darf nicht sein. Steuern auf Energie müssen daher temporär gesenkt werden. Die Bundesregierung darf die Zeit nicht länger verstreichen lassen, die Bürgerinnen und Bürger erwarten jetzt eine Antwort.

Jetzt komme ich zum Antrag der AfD. Der Geist, der in diesem Antrag schlummert, und die Forderungen, die daraus resultieren, sind ein erneuter Beleg dafür, dass Sie nichts verstanden haben.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das reaktionäre Weltbild, das Wissenschaft und Klimawandel leugnet, ist bei Ihnen Parteiprogramm und wird hier seit fünf Jahren als populistischer und oft gefährlicher Unsinn in unzähligen Anträgen durchdekliniert.

(Christian Loose [AfD]: Wo haben Sie das denn gelesen?)

Die AfD hat in Deutschland an vielen Stellen als fünfte Kolonne Putins gewirkt, und jetzt stellen Sie einen Antrag, dessen Problematik von Putin und Russland maßgeblich verursacht wurde?

(Christian Loose [AfD]: Sie haben doch die Abhängigkeit vom Gas geschaffen! – Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Sie sind in NRW politisch ein Auslaufmodell, und das haben Sie sich durch den Geist der Anträge, die Sie hier einbringen, redlich verdient.

Sie fordern eine dauerhafte Halbierung der Steuersätze auf alle Energieträger. Dauerhaft? Ernsthaft? Wir haben in Nordrhein-Westfalen die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass unser Bundesland die Produktionsanlagen zur Herstellung alternativer Treibstoffe nachhaltig stärkt. Wenn wir nun die Steuersätze auf alle Energieträger dauerhaft halbieren, werden die Anreize für die Weiterentwicklung von erneuerbaren Energien auf gefährliche Weise konterkariert.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Fragen Sie mal die Wirtschaft hier!)

Wir können und dürfen uns nicht dauerhaft von den fossilen Energieträgern abhängig machen. Schauen Sie nach Katar. Dorthin reisen die Grünen in Person von Herrn Habeck als Bittsteller, um beim Emir fossile Energie einzukaufen. Das ist auch nicht gerade eine Politik zum Gernhaben.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Ein autoritärer Staat wie Katar soll das Kriegsrußland von Putin ablösen?

Darauf folgt die nächste und gefährlichste populistische Forderung in Ihrem Antrag. Sie fordern die Abschaffung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe. Wollen wir unsere ambitionierten und vor allem notwendigen Klimaziele jetzt dauerhaft in den Wind schießen?

(Dr. Christian Blex [AfD]: Genau!)

Auch wenn wir unseren Bürgerinnen und Bürgern aktuell vor allem mit niedrigen Spritpreisen unter die Arme greifen müssen – das schafft man nur mithilfe einer Energiepreisbremse.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Dafür dürfen wir unsere Klimaschutzziele nicht von heute auf morgen aufgeben.

Wir stehen zur Transformation unserer Wirtschaft und zur Dekarbonisierung.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Beispielhaft seien hier die Wasserstoffelektrolyse und die Bio-LNG-Anlage bei Shell im Kölner Süden oder die Milliardeninvestitionen von Ford in Elektromobilität genannt.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Subventionsgräber!)

Diese Investitionen reduzieren den CO₂-Ausstoß massiv und schaffen gute Arbeitsplätze von morgen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Natürlich gefährden hohe Energiepreise die Akzeptanz der Energiewende bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Dennoch bleiben wir dabei. Auf die aktuelle Situation muss man mit schnell umzusetzenden Maßnahmen reagieren und nicht mit einer dauerhaften Abschaffung. Das ist weder nachhaltig noch klug. Wir würden riskieren, unsere Vorreiterrolle beim Klimaschutz leichtfertig aus der Hand zu geben.

Nordrhein-Westfalen hat mit Ministerpräsident Hendrik Wüst bereits auf die aktuelle Situation reagiert und konkrete Initiativen in den Bundesrat eingebracht; ich habe es eben geschildert.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Gleichzeitig wird sich die Landesregierung auch weiterhin dafür einsetzen, Nordrhein-Westfalen zum modernsten und umweltfreundlichsten Industriestandort Europas zu entwickeln. Auf die aktuelle Situation muss mit Verstand reagiert werden. Die Bundesregierung ist nun gefordert, zu handeln. Sie kann es, und sie muss es auch.

Präsident André Kuper: Herr Kollege, die Redezeit ist überschritten.

Oliver Kehrl (CDU): Die AfD trägt zum Glück nirgends politische Verantwortung. So bleiben Ihre Anträge reaktionäre Folklore,

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

die sich maximal als Nachtprogramm bei Russia Today eignen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Kehrl. – Für die SPD spricht der Abgeordnete Sundermann.

Frank Sundermann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mit zwei Fragen beginnen.

Frage eins: Haben der vorliegende AfD-Antrag und der Debattenbeitrag der AfD einen inhaltlichen, akzeptablen oder auch brauchbaren Beitrag zu dieser wichtigen Diskussion geleistet? Meine Antwort ist: Nein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die zweite Frage ist: Ist es notwendig, sich mit den steigenden Energiekosten auseinanderzusetzen und Gedanken darüber auszutauschen, wie man es im Prinzip macht?

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Gedanken kann man nicht tanken!)

Ja, das ist richtig, weil wir im Prinzip vor dem Tag stehen. Im Laufe des heutigen Tages werden die entsprechenden Maßnahmen von der Ampelkoalition in Berlin beschlossen. Ich kann Ihnen sagen, dass die Diskussionsbeiträge da durchaus gegeneinanderlaufen. Aber es ist gut, dass es aktuell diese Ampelkoalition in Berlin gibt, denn bei einem so wichtigen Thema ist es essenziell, dass verschiedene Aspekte zusammengefügt werden und man einen Kompromiss findet, der den Fragen ein Stück weit gerecht wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns erst einmal der Frage nachgehen, warum wir uns überhaupt mit diesem Thema beschäftigen. Ich mache einmal den Zirkelschlag zu den Coronahilfen. Wir haben immer gesagt, es bedarf eines staatlichen Eingriffs, der für Sozialdemokraten vielleicht nicht ganz so problematisch ist wie für Liberale, um Brüche zu verhindern. Genau diese Brüche gibt es doch bei vielen Menschen.

Dann kommt die zweite Frage. Für wen machen wir das hier? – Wir machen das nicht für die Mineral-

ölindustrie, sondern für die Menschen, die sich die steigenden Energiekosten nicht mehr leisten können. Es geht nämlich genau um deren freie Spitze. Eine ganz normale Familie in Deutschland hat vielleicht eine freie Spitze von 1.000 Euro. Das ist für den Schulausflug der Kinder, für die kaputte Waschmaschine. Genau das nehmen wir den Leuten. Für sie müssen wir jetzt Politik machen und reagieren.

Dabei stellt sich die Frage, wie wir das machen. Unser Anspruch an die Senkungsmaßnahme ist als Erstes die schnelle Wirksamkeit. Es hilft doch nichts, wenn wir an der Pendlerpauschale herumdrehen und man das Geld irgendwann über die Einkommensteuererklärung zurückbekommt. Wir müssen Maßnahmen einleiten, die die Leute sofort, innerhalb der nächsten Monate in ihrem Portemonnaie merken.

Wir müssen vor allem denen helfen, die es wirklich brauchen. Die Gießkanne ist das falsche Instrument. Insofern ist auch das Absenken der Mehrwertsteuer das falsche Instrument. Dann geben wir nämlich das Geld mit der Gießkanne aus. Die Anforderungen an den Staat werden immer stärker, immer größer.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Wir müssen uns wirklich fragen, wie viel wir uns am Ende leisten können. Wir wissen, dass das, was wir leisten können, endlich ist. Die Gralshüter der schwarzen Null fordern immer mehr Steuersenkungen. Das müssen wir uns ansehen. Es ist wichtig, dass wir denen helfen, die es wirklich brauchen, und dass wir keine Mitnahmeeffekte haben.

Wir müssen auch sehen, dass wir den Staat nicht überfordern. Wenn wir 2 Milliarden Euro an Mehrwertsteuersenkungen ausgeben und eine 1 Milliarde Euro davon landet in der Mineralölindustrie, dann ist das Geld falsch ausgegeben und das Programm falsch aufgesetzt. Insofern müssen wir uns genau in diesem Viereck bewegen: Es muss schnell wirken, es muss einfach zu administrieren sein, es muss denen helfen, die es brauchen, und es darf keine Mitnahmeeffekte geben.

Genau in diesem Spannungsfeld wird aktuell in Berlin diskutiert. Wie gesagt, ich bin sehr zuversichtlich, dass dabei ein Paket herauskommt, das diese Ansprüche in summa erfüllen wird. Das macht man nicht einfach so aus dem Handgelenk. Daher ist es richtig, dass dort miteinander um die besten Lösungen gerungen wird.

Alle diese Maßnahmen, die aktuell diskutiert werden, haben eines gemeinsam: Sie sollen aktuell, kurzfristig helfen. Wenn wir langfristig helfen wollen, wenn wir die Energieversorgung langfristig billig, verlässlich und unabhängig machen wollen, gibt es

nur eine Lösung, und die heißt: Ausbau der erneuerbaren Energie. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Markus Wagner [AfD]:
Völliger Quatsch!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Sundermann. – Für die FDP spricht nun der Abgeordnete Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Guten Tag, Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Der vorliegende Antrag der AfD folgt dem gleichen Muster, dem AfD-Anträge immer folgen. Manchmal deutlich, manchmal weniger deutlich – dann muss man ab und zu genauer hinsehen – listet er Forderungen auf, die vor allem an populistischer Wirkung orientiert sind. Es ist häufig ein fehlender Realitätsbezug zu erkennen, und er hat wie so viele andere Anträge die Eigenart einer „Wir fordern einfach, egal was politisch diskutiert wird, immer noch etwas mehr“-Attitüde, auch wenn die meisten von der AfD höchstwahrscheinlich noch nicht einmal wissen, was „Attitüde“ heißt.

(Beifall von der FDP und der SPD – Ott: Das war ein gutes Zitat!)

Sie schüren Vorbehalte wahlweise gegen Migranten, gegen Minderheiten, gegen bestehende Verbände,

(Lachen und Zurufe von Christian Loose [AfD])

gegen staatliche Institutionen oder das demokratische System, im Wirtschaftsbereich auch gerne gegen den Klimaschutz. Hier arbeiten Sie wieder genauso.

(Christian Loose [AfD]: Sie haben den Antrag nicht gelesen!)

– Ich habe Ihren Antrag sehr wohl gelesen. Herr Loose, beruhigen Sie sich doch mal.

(Christian Loose [AfD]: Lernen Sie doch lesen! – Regina Kopp-Herr [SPD]: Einfach weitermachen! – Christian Loose [AfD]: Weiter vorlesen wahrscheinlich!)

Hier liegt uns wieder ein typischer AfD-Antrag vor. Viele Forderungen des Antrags sind bereits durch die Bundesratsinitiative des Landes aufgenommen worden, sie sind deshalb obsolet.

(Christian Loose [AfD]: Das war aber nicht das Problem!)

Wir brauchen nicht die AfD. Keine Fraktion in diesem Landtag braucht die AfD. Erst recht braucht diese Landesregierung sie nicht, um die richtigen Entscheidungen zu treffen.

(Beifall von der FDP, der CDU und der SPD –
Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Ein Großteil ...

(Unruhe – Glocke)

Herzlichen Dank, Herr Präsident.

(Markus Wagner [AfD]: Sie bräuchten mal
klaren Menschenverstand, Herr Bombis! –
Helmut Seifen [AfD]: Herr Bombis, kennen
Sie das Wort „obsolet“?)

Präsident André Kuper: Liebe Kolleginnen und
Kollegen, lassen Sie bitte den Kollegen Bombis aus-
sprechen.

(Zuruf von der AfD)

Ralph Bombis (FDP): Schulmeisterlich, Herr Kol-
lege. Das versuchen Sie. Aber das gelingt Ihnen
nicht, denn dazu haben Sie selber nicht die Grund-
lagen. Sie wissen nicht, was es heißt.

Ein Großteil der Entlastungsmaßnahmen ist bereits
umgesetzt oder adressiert:

Die EEG-Umlage wird abgeschafft.

Die Erhöhung der Pendlerpauschale rückwirkend
ab dem 1. Januar 2022 auf 38 Cent ab dem 21. Ki-
lometer ist beschlossen. Als Land fordern wir, die
Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem ersten Ki-
lometer anzusetzen.

Wir setzen uns bereits dafür ein, dass die Strom-
steuer auf ein europäisches Mindestmaß gesenkt
wird. So können wir Verbraucherinnen und Verbrau-
cher erheblich entlasten.

Ich habe Ihren Antrag gelesen. Ihr Antrag enthält
nichts, was wirklich neu oder gangbar wäre.

(Beifall von der FDP, der CDU und Wibke
Brems [GRÜNE])

Zur Forderung Ihres Antrags, die CO₂-Abgabe ab-
zuschaffen: Eine Abschaffung hätte nur eine ver-
gleichsweise geringe finanzielle Auswirkung. Wir
würden bei Benzin und Diesel umgerechnet nur um
8 bis maximal 10 Cent pro Liter entlasten.

(Zurufe von Dr. Christian Blex [AfD] und Sven
Werner Tritschler [AfD])

Selbst bei dem kühnsten CO₂-Preis von 200 Euro
pro Tonne käme man nur auf 47 Cent pro Liter für
die CO₂-Abgabe.

(Zurufe von Sven Werner Tritschler [AfD] und
Markus Wagner [AfD])

– Sie können wirklich nicht zuhören. Aber das zei-
gen Sie mit Ihren Anträgen immer wieder, meine
Damen und Herren von der AfD-Fraktion.

Deswegen noch ein Wort zu den von Ihnen gefor-
derten Mehrwertsteuersenkungen: Ein auf Bundes-
ebene wochen-, wenn nicht monatelanges Gesetz-
gebungsverfahren wäre die Folge. Eine Änderung
muss mit der europäischen Mehrwertsteuerrichtlinie
vereinbar sein.

Der Kollege Sundermann hat darauf hingewiesen:
Wir brauchen schnelle Entscheidungen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wir brauchen befristete Entlastungen. Wir brauchen
Entlastungen, die einfach zu administrieren sind, die
die gesamte Breite der Gesellschaft entlasten

(Weitere Zurufe von der AfD)

und die mittel- und langfristig keine falschen klima-
politischen Anreize setzen. Darum ringen wir. Da-
rum ringen wir in Berlin, darum ringen wir hier in
Düsseldorf.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Und was
kommt dabei heraus? Schrott kommt heraus!)

Aber wir ringen unter den demokratischen Fraktio-
nen sachlich und nicht mit dem Populismus, der
Ihnen so eigen ist.

Hier bietet sich am Ende eine Kombination aus In-
strumenten an – eine Senkung von Energiesteuern,
Entlastungen über die Einkommensteuer und über
Transfers –, nicht das, was Sie hier pauschal for-
dern.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Ihr Antrag ist überholt. Ihr Antrag ist substanzlos. Ihr
Antrag versucht nur, gegen Vertrauen in diesen
Staat zu arbeiten.

(Christian Loose [AfD]: Nein, Vertrauen in
Sie! – Markus Wagner [AfD]: Vertrauen in
Sie!)

Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von
der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege
Bombis. – Für die Fraktion der Grünen spricht die
Kollegin Brems.

(Markus Wagner [AfD]: Nichts haben Sie ge-
lesen! – Christian Loose [AfD]: Sie haben den
Antrag nicht gelesen! – Sven Werner Tritsch-
ler [AfD]: Was für eine Trümmerpartei! – Wei-
tere Zurufe von der AfD)

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsi-
dent! Sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD
strickt auch heute mal wieder an ihrem Lügenge-
bilde, sie vertrete den kleinen Mann.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie tritt den kleinen Mann!)

Von pauschalen Steuersenkungen, wie heute gefordert, profitieren aber hauptsächlich Menschen mit hohem Einkommen und diejenigen mit hohem Energieverbrauch.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Beides hängt eben miteinander zusammen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Der kleine Mann ist der AfD herzlich egal, wie auch die Frauen der AfD egal sind. Das ist alles nichts Neues.

Die Landesregierung aber mit etwas beschäftigen zu wollen, was auf Bundesebene, wie eben bei der EEG-Umlage, schon längst beschlossene Sache ist, kann natürlich eine neue Masche sein. Das kann sich die AfD nun wahrlich nicht auf die Fahne schreiben.

Die Bundesregierung arbeitet hart daran, die Auswirkungen von Putins Krieg auf unsere Energieversorgung und die Energiepreise zu reduzieren. Das unterstützen wir

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

und nicht diese hanebüchernen Anträge der AfD.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Professor Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren hier das Thema der hohen Energiepreise, die verschiedene Ursachen haben. Sie sind insbesondere in den letzten Monaten dadurch veranlasst, dass wir es wegen der weltpolitischen Lage mit Verknappungen auf den Märkten zu tun haben oder mit Erwartungen, die auf weitere Verknappungen hinauslaufen könnten. Das hat zum massiven Anstieg der Rohölpreise beigetragen. Ähnlich ist es beim Gas und mittelbar dadurch auch beim Strom.

Das hat die Landesregierung dazu veranlasst, sehr frühzeitig Initiativen im Bundesrat zu ergreifen, um deutlich zu machen, dass wir aktuell Entlastungen der Verbraucherinnen und Verbraucher brauchen, damit sie die erheblichen Zusatzbelastungen im Energiebereich nicht alleine tragen müssen, sondern diese gedämpft werden können, sei es, dass die Kilometerpauschale angepasst wird, sei es,

dass die EEG-Umlage früher gesenkt und auch ganz abgeschafft wird, sei es, dass wir die Energiesteuern auf Gas und auf Strom senken.

All diese Initiativen haben wir eingebracht. Die Bundesregierung hat zwischenzeitlich auf mehrere dieser Forderungen positiv reagiert, so unter anderem auf die Abschaffung der EEG-Umlage, für die wir uns als Landesregierung schon seit vielen Jahren einsetzen, weil diese Umlage eine sehr regressive Wirkung hat und gerade kleine Haushalte unverhältnismäßig stärker belastet als mittlere oder hohe Einkommensbezieher. Insofern ist es ein guter Schritt, dass das jetzt zur Mitte dieses Jahres vorgenommen wird.

Wir haben bei der Fernpendlerpauschale schon eine Anhebung um 5 Cent auf 35 Cent für die Jahre 2021 bis 2023 ab dem 21. Kilometer vorgesehen und für 2024 bis 2026 um weitere 3 Cent auf 38 Cent. Mit dem geplanten Steuerentlastungsgesetz ist eine Erhöhung der Entfernungspauschale für Fernpendler rückwirkend ab dem 1. Januar 2022 auf 38 Cent ab dem 21. Kilometer durch die Bundesregierung eingeplant.

Wir haben uns im Bundesrat dafür ausgesprochen, dass das bereits ab dem ersten Entfernungskilometer ab dem 1. Januar 2022 möglich sein sollte, um hier noch zu weiteren Verbesserungen gerade für die Menschen zu kommen, die im ländlichen Raum leben und eine weitere Anfahrt zum Arbeitsplatz haben.

Wir halten es aber auch bei einer Absenkung ab dem ersten Kilometer für richtig, dass man sich noch mal überprüft, mit welchem Verkehrsträger man überhaupt zur Arbeit fährt. Das kann ja auch der ÖPNV sein, das kann bei kürzeren Strecken das Fahrrad sein. Das hilft, insgesamt den Energieverbrauch zu reduzieren.

Ich habe in dem für diese Debatte zugrunde liegenden Antrag eigentlich gar nicht viel mehr an Forderungen gelesen als die, die die Landesregierung schon ergriffen und in den Bundesrat eingebracht hat oder die die Bundesregierung zwischenzeitlich schon beschlossen hat. Insofern stelle ich für die Landesregierung fest: Der Antrag hat sich durch Entscheidungen an anderer Stelle bereits erledigt. – Herzlichen Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die AfD hat noch einmal der Abgeordnete Loose um das Wort gebeten.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr

Kehrl, Herr Sundermann, ich fasse Ihre Reden zusammen: Sie wollen die Preise für Benzin dauerhaft hochhalten, Sie wollen sie nur temporär als kleines Wahlkampfgeschenk senken.

Das, Herr Minister Pinkwart, ist genau der große Unterschied. Sie wollen immer nur temporär senken, aber nicht dauerhaft. Deshalb ist unser Antrag so wichtig. Stattdessen wollen Sie alle lieber Subventionsgräber für Wasserstofftechnologie aus dem Jahre 1838 schaufeln.

Die SPD, lieber Herr Sundermann, hat Deutschland mit ihrer Zentralisierung auf Gas bei Heizung und beim Strom von Schurkenstaaten abhängig gemacht. Die Grünen, die Koalitionspartner von FDP und von SPD, buckeln jetzt vor dem Diktator aus Katar, der islamistische Terrorgruppen unterstützt. Ihr Kollege von der SPD, Herr Klingbeil, arbeitet beim FC Bayern mit Katar zusammen.

Herr Bombis, Sie haben gezeigt, dass Sie den Antrag nicht mal gelesen haben. Sie sprechen über eine Mehrwertsteuersenkung, die wir gar nicht gefordert haben.

Fazit: Sie alle wollen, dass die Krankenschwester, die ihr Auto braucht, um morgens und am Wochenende zur Arbeit zu fahren, ...

Präsident André Kuper: Die Redezeit ist beendet.

Christian Loose (AfD): ... dauerhaft hohe Preise zahlt; denn eine Entlastung wollen Sie nur temporär. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/16761. Wer will hier zustimmen? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/16761 abgelehnt.**

Ich rufe auf:

7 Gesetz über die Transparenz der Finanzierung kommunaler Wählergruppen und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15264

Beschlussempfehlung
des Ausschusses
für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Drucksache 17/16789

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU spricht als Erstes der Abgeordnete Herr Dr. Geerlings.

Dr. Jörg Geerlings¹⁾ (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wählervereinigungen, Wählergruppen, Wählerinitiativen und parteilose Bewerber spielen vor allen Dingen auf kommunaler Ebene eine wichtige Rolle. Neben den politischen Parteien sind sie wesentliche Faktoren in der Willensbildung des Volkes sowie wichtige Teile der Stadt- und Gemeinderäte und auch der Kreistage. In rund zwei Dritteln aller Kommunen in Deutschland nehmen solche örtlichen Bündnisse und Vereinigungen an Kommunalwahlen teil.

Politische Parteien und Wählergruppen unterscheiden sich in einem wichtigen Punkt: Sie unterliegen grundsätzlich unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen. Für die Parteien gelten die Vorschriften des Parteienrechts, ganz konkret des Parteiengesetzes. Für Wählergruppen hingegen gibt es keine spezifischen Regelungen. Viele sind als Vereine organisiert. Dann gilt für sie in aller Regel das allgemeine Vereinsrecht.

Besonders relevant wird diese unterschiedliche rechtliche Behandlung beim Umgang mit Finanzen. Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden – das wissen wir alle, die wir uns politisch engagieren – sind ein wesentlicher Faktor für Parteien und Wählergruppen, um ihren Auftrag und ihre Aufgaben zu erfüllen.

Die politischen Parteien müssen Spenden dokumentieren und je nach Höhe der Spenden in ihrem Rechenschaftsbericht veröffentlichen. Die Annahme bestimmter Spenden etwa aus dem Nicht-EU-Ausland ist ihnen sogar untersagt. Vergleichbare Pflichten für Wählergruppen gibt es hingegen nicht. Das Vereinsrecht sieht nur vereinsinterne Rechenschaftspflichten vor, und Vereine können grundsätzlich erst einmal alle Arten von Spenden annehmen.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir ändern. Diese Verzerrung im politischen Wettbewerb möchten wir begrenzen. Die Transparenzpflichten für Parteien und Wählergruppen möchten wir einander annähern. Deshalb haben die Fraktionen von CDU und FDP im vergangenen Herbst einen Gesetzentwurf vorgelegt. Im Wesentlichen enthält er Transparenzpflichten auch für Wählergruppen. Sie sollen einen Rechenschaftsbericht erstellen, ihn